



ICKINGER SCHAUKASTEN

Herausgegeben von der
Ickinger SPD

Oktober 1999

18. Jahrgang
63. Ausgabe

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Nachbarn,

hat die SPD den Mund zu voll genommen, haben wir gar unsere "Wahlversprechen gebrochen", wie Sie manche Vertreter der Opposition glauben machen wollen?

Zugegeben, die Herausforderungen, die unsere neue Regierung im letzten Herbst zu bestehen angetreten ist, sind gewaltig. Die längst überfälligen Kurskorrekturen, die seither – wie zuvor angekündigt – in Angriff genommen wurden, konnten es nicht allen recht machen. Insbesondere nicht denen, die an liebgewonnenem Gewohnheitsunrecht gerne festgehalten hätten: dazu gehören beispielsweise diejenigen Betriebe, die sich durch den Einsatz scheinbar Selbständiger oder fast ausschließlich auf 630 DM-Basis Beschäftigter auf Kosten dieser, aber auch ehrlicher Konkurrenzunternehmen im Markt um die Zahlung von Sozialbeiträgen gedrückt haben.

Eine der ganz großen Aufgaben war und ist es, die Alterssicherung auf eine tragfähige Grundlage zu

stellen und auf Dauer sicher zu machen. Einer Bedrohung des Arbeitsmarktes durch einen Anstieg der Rentenbeiträge auf immer neue Rekordhöhen begegnete die rot-grüne Bundesregierung durch ein Absenken des Rentenbeitrags auf 19,5%. Dennoch werden die Renten in Zukunft weiter steigen – auch in den beiden nächsten Jahren und zwar hier entsprechend dem Anstieg der Lebenshaltungskosten. Nur zur Erinnerung: in den letzten 5 Jahren der Kohl-Regierung lag die Rentenanpassung im Gegensatz hierzu stets erheblich unter der Inflationsrate, das Rentenniveau sollte gar auf 64 Prozent gesenkt werden. Durch die Einnahmen aus der Ökosteuer kann es hingegen langfristig bei 67% gehalten werden, mit der geplanten ergänzenden Eigenvorsorge sogar bei 70%.

Eine der schwersten Erblasten der alten Regierung ist der auf unvorstellbare 1,5 Billionen DM aufgetürmte staatliche Schuldenberg. Die Verantwortung für unsere Kinder und Kindeskinde gebietet es uns, durch rigorosen Abbau dieser Verschuldung dem Staat wieder Handlungsspielraum zu verschaffen. Das energisch und konsequent umgesetzte Sparprogramm unserer jetzigen Regierung ermöglicht es,

bereits im nächsten Jahr 30 Milliarden Mark einzusparen. Das Zukunftsprogramm ist so angelegt, daß damit mittelfristig sogar 150 Milliarden Mark gespart werden und den künftigen Generationen geordnete Finanzen hinterlassen werden können.

Das Steuerentlastungsgesetz hat auf der anderen Seite bereits zu einer Senkung der Belastungen geführt, besonders bei den Familien: Eine Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern hat dieses Jahr bereits an die 1200 DM mehr in der Tasche; im Jahr 2002 werden es sogar 2700 DM sein.

Zukunftsentscheidend wird für unser Land die erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Stärkung der Wirtschaft in den alten, besonders aber den neuen Bundesländern sein. Auch hier gibt es bereits erste Erfolge: Über 140 000 Jugendliche haben aus Mitteln des Sofortprogramms eine Arbeit aufnehmen können. Das Bündnis für Arbeit hat unter Beteiligung der Wirtschaftsverbände und der Gewerkschaften und unter Vorsitz von Bundeskanzler Schröder konstruktiv seine Arbeit aufgenommen.

Die Bundesregierung steht bei Ihnen im Wort, das begonnene Reformpaket zum Erfolg zu bringen. Die damit verbundenen Maßnahmen sind notgedrungen auch mit schmerzlichen Einschnitten verbunden. Das ist nicht immer populär, in meinen Augen aber richtig!

Herzlichst

1 We Bettina Oxenius

Impressum:

V.i.S.d.P.: Bettina Oxenius, Meilenberger Str. 24, 82057 Icking. Redaktion: B. Oxenius, Evi v. Savigny, M. Mayer-Voigt, W. Bambuch, Lore&Pit Baumüller, A. v. Hofacker, F. v. Brunn, F. Jaeger.
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier in einer Auflage von 1200 Stück bei der Fa. Paetzmann, Wolfratshausen.

DER BERICHT AUS DEM GEMEINDERAT

von Wolfgang Bambuch

Die letzten Gemeinderatssitzungen, vor und nach der Sommerpause, befaßten sich schwerpunktmäßig mit Straßenplanungen. Ende Juli wurde einstimmig die Planung des Ingenieurbüros Steinberger und Menzel für die untere Kirchenleite in die Wege geleitet. Die Wünsche der Anlieger wurden weitestgehend unter einen Hut gebracht! Zur Erinnerung: Am 27.7.1998 hatte der Gemeinderat grundsätzlich beschlossen, daß dieser Teil der Kirchenleite eine öffentliche Straße werden und damit der Kanalbau nicht mit Hilfe von Grunddienstbarkeiten erfolgen soll, was damals wohl nicht dem Wunsch der Mehrzahl der Anlieger entsprach. Ein Jahr später steht nun die Planung, - wie ich hoffe, im Großen und Ganzen in Übereinstimmung mit der Bürgerschaft. Das kann man als Erfolg bezeichnen!

Nicht ganz so erfolgreich laufen andere Straßenprojekte in der Gemeinde. Ich denke dabei an die Wünsche der Agenda 21. Der Arbeitskreis Verkehr hat auf einem 9-seitigen Papier zahlreiche Vorschläge zur Verkehrsberuhigung zusammengetragen: Pläne zu Geschwindigkeitsbegrenzungen und sonstigen Verkehrsberuhigungen, Rad- und Wanderwege etc. Meines Erachtens gehen die Therapievor schläge der Agenda, die eher positiv aufgenommen wurden, sogar nicht weit genug: Nach Vollbelegung unseres voraussichtlich auf 6000 Einwohnergleichwerte ausgelegten Kanalnetzes und dem prognostizierten weiteren Anstieg der allgemeinen Motorisierung werden wir schon in einem Jahrzehnt mit einem weit dichteren Verkehr auf unseren Straßen rechnen müssen.

Wenn wir dann nicht mit einem Netz von Verkehrsampeln und Zebrastreifen leben wollen, müssen wir schon jetzt die Weichen stellen. Was der Gemeinderat kürzlich beschlossen hat - Aufträge an die Verwaltung für die Radweg-Ergänzung zwischen Ebenhausen und Ickings Südeinfahrt von der B 11, Wanderweg-Ergänzung - kann nur der Anfang sein. Wir werden vor allem nicht um geschwindigkeitsdrosselnde bauliche Maßnahmen herumkommen

(Verkehrinseln und "Stolperschwellen"). Und auch nicht an einigen weiteren, wohlüberlegten Gehsteigen an innerörtlichen "Rasestrecken". Zur besseren Einsicht empfehle ich einen Spaziergang in der Ludwig-Dürr-Staße morgens zwischen 7 und 8 Uhr. Wenn Sie weitere wunde Punkte kennen, geben Sie sie an die Agenda weiter! Für mich liegt hier auf dem Gebiet der Verkehrsplanung ein wichtiges Stück Zukunft Ickings.

Zukunft wurde auch zuletzt dadurch gestaltet, daß der Gemeinderat das "kleine Vereinsheim" des WSVI und TCI für den Sportplatz absegnet hat. Gerade weil das Gebäude mit seinen 20 Metern Länge die Bedürfnisse der Sportler voll abdeckt, werden uns zukünftige Diskussionen um Erweiterungen erspart bleiben. Daß sich das Gebäude mit seiner weiteren Gestaltung in die zukünftige Landschaft einfügen wird, ist meine Hoffnung und Überzeugung.

~*~

KEIN ZIEL VOR AUGEN

DER GEMEINDERAT VERLIERT SICH IM ALLTÄGLICHEN

von Frank Jaeger

Verfolgt man Tagesordnung und Berichterstattung der Gemeinderatssitzungen, dann liegt für mich der Schluß nahe, der Rat verliert sich in den Alltagsaufgaben. Möglicherweise ist das vielen Gemeinderäten auch recht so, da es weniger Arbeit macht konkret gestellte Fragen zu entscheiden, anstatt aus einem gestalterischen Willen heraus ein Ziel zu verfolgen. Dramatisch kann eine solche Einstellung dort werden, wo sich Entwicklungen in langen Zeiträumen vollziehen. Insbesondere treibt mich folgendes Problem um:

Nachdem einige wirkliche Großprojekte, die viel Kraft gebunden haben, schon länger auf einen guten Weg gebracht sind, frage ich mich, warum nicht längst eine Frage wieder im Rat aufgegriffen wird, die seit mehr als zehn Jahren immer wieder gestellt wurde: Wie wird oder soll sich Icking in seinem Ortsbild weiterentwickeln? Diese Frage richtet sich zuerst an die Bürgerinnen und Bürger. Aber es sind die Räte, die über die Umsetzung entscheiden. Und

von diesen wäre wichtig zu wissen, ob sie dabei sich von einer längerfristigen Überzeugung leiten lassen oder doch nur an den nächsten Tag, die nächste Baugenehmigung denken.

Wußten Sie, daß selbst im Zentrum Ickings der größte Teil der Bebauung ohne Bebauungsplan stattgefunden hat? Das ist nicht selten und für sich genommen noch kein Problem. Aber wir alle sehen Tag für Tag, wie der Bau der Kanalisation fortschreitet. Ein Ende ist absehbar. Und was kommt danach? Die große Teilungssorgie und Verhältnisse wie in Pullach oder Solln? Für mich steht fest, daß sich in Icking die gegenwärtige Dichte der Bebauung nicht halten lassen. Die Entsorgung der Abwässer per Sickergrube war stets ein Grund dafür, daß es in Icking nur "wenig Haus pro Quadratmeter" gab. Der Druck seitens der teilungswilligen Grundstücksbesitzer auf die Gemeinde und die Räte wird sukzessive steigen. Icking wird auch für das Bauträgergeschäft interessant werden und wir werden uns schleichend vom typischen Ickinger Siedlungscharakter verabschieden müssen. Zur Zeit glaubt die Mehrheit im Gemeinderat immer noch im Wege der Einzelbaugenehmigung diesem Druck auch zukünftig standhalten zu können. Wenn sie sich von dieser Täuschung nicht bald verabschieden, garantiere ich Ihnen, daß sie zu spät erkennen und reagieren werden.

Warum ich da so sicher bin? Nun - existiert kein Bebauungsplan, dann ist eine Bebauung im Zusammenhang der bebauten Ortsteile stets zulässig, wenn es sich "nach Art und Maß [...] in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt und die Erschließung gesichert ist" (§ 34 BauGB). Das heißt, jeder Bauwerber wird sich für sein Projekt auf die schon vielfach aufgetretenen Präzedenzfälle berufen. Icking ist attraktiv, Baugründe knapp. Da scheint der Weg zu den berüchtigten Häusern mit "Pullacher Ziergrün außenrum" vorgezeichnet. Es würde einer wirklich eisernen Standfestigkeit und Prinzipientreue bedürfen, trotz hartnäckigem Drängen und Klagemöglichkeiten in jedem konkreten Einzelfall eine Bebauung mit Augenmaß zu garantieren. Diese Standfestigkeit sehe ich im Gemeinderat nicht, und die Leser können sich bei jedem Spaziergang durch Icking davon überzeugen. Der Kardinalfehler in Icking scheint vielmehr zu sein, daß sich auch der Unberufene im Rat zum Richter des Ästhetischen aufschwingt. Da scheinen schnell Farbe und Form von Dachziegeln, der Gartenzaun oder etwa Stil und Größe von

Fenstern wichtiger zu sein als die Grundfragen einer Bebauung. Und mit welcher Inbrunst darüber im Rat gestritten werden kann ist erstaunlich. Eine Konzentration auf das Wesentliche findet nicht statt. Dies sind und bleiben die Fragen nach der Größe des Vorhabens im Verhältnis zum Grund, die Abstandsflächen, die Lage des "Baufensters" und die Stellung des Baukörpers. Die Anzahl der Bauanträge wird steigen und die Räte, die ad hoc entscheiden wollen bzw. müssen, werden sich im Gestrüpp gut gemeinter, aber falsch verstandener Vorstellungen verirren. Daraus werden Resultate, die unumkehrbar sind.

Kann man dieser negativen Entwicklung vorbeugen? JA, es gibt ein Instrumentarium: Das Baugesetzbuch bietet dafür zuvorderst zwei wirksame Mittel, die einen unterschiedlich hohen Aufwand erfordern. Den sogenannten "einfachen" und den "qualifizierten" Bebauungsplan. Zumindest der einfache Bebauungsplan, möglicherweise kombiniert mit einer örtlichen Bausatzung nach Artikel 91 der Bayerischen Bauordnung, kann die Fragen zu unserem Ortsbild und der Ortsentwicklung regeln. Auf Grund seiner Allgemeinverbindlichkeit können Bausünden nicht verhindert aber vermindert werden. Dabei bin ich tief davon überzeugt, dass eine Bausünde nicht in erster Linie aus dem Geschmack des Bauherren resultiert sondern aus der Mißachtung der bereits genannten grundlegenden Fragestellungen.

Das heißt für Bürgermeister, Räte und Gemeindeverwaltung zusätzliche Arbeit. Würde man sich aber am Anfang auf Schlüsselbereiche beschränken und sich dort das Notwendigste vornehmen, hielte sich der Aufwand meines Erachtens in vertretbaren Grenzen. Zur Klarstellung sei folgendes vermerkt. Wir von der SPD wollen gerade nicht die Festschreibung von durchgängigen 1000qm-Grundstücken in alle Ewigkeit. Es entspricht gerade unserem Selbstverständnis, die Bildung von Wohneigentum auch denjenigen zu ermöglichen, die keinen 900 oder 1000qm großen Baugrund erwerben können. Deswegen ist auch in bestimmten Bereichen Ickings eine dichtere Bebauung vertretbar. Dafür bedarf es aber eines konzeptionellen Rahmens. Die unendliche Geschichte des Einheimischenmodells am Schäftlarnener Weg läßt schön grüßen!

Daß konzeptionelles Denken nicht die Stärke unseres jetzigen Gemeinderates ist, kann man immer wieder erleben: Zuletzt am Beispiel der mühsam verfolgten Planung des "Radweges Ickinger

Ortsdurchfahrt" oder an der Komplettblamage bei der geplanten Solarnutzung am Rathaus und der Förderung regenerativer Energien durch die Gemeinde. Ich wünsche Bürgermeister Guggenmos größeres Selbstvertrauen und wesentlich mehr Hartnäckigkeit, damit er zukunftsweisende Planungen zur Ortsentwicklung diesem Gemeinderat wieder und wieder vorlegt, selbst auf die Gefahr hin, sich eine Abfuhr nach der anderen einzuholen. Für die Ickinger SPD kann ich Ihnen versichern, daß wir uns diesem Thema zukünftig wieder verstärkt widmen werden. Und ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben, daß die Einsicht in Notwendigkeiten wachsen wird. Nicht zuletzt deswegen, weil wir in zweieinhalb Jahren einen neuen Gemeinderat wählen werden.

NEUES TEAM IM JUGENDCAFE GARANTIERT KONTINUITÄT

von Martina Mayer-Voigt

Der Initiative von einigen Ickinger Jugendlichen sowie der eindeutigen Zustimmung des alten Gemeinderats ist es zu verdanken, daß im Herbst 1996 der Start des Ickinger Jugendcafés "Exil" ermöglicht wurde. Damals war es allerdings weder der Gemeinde noch den Jugendlichen bewußt, welche Aufgabe und Verantwortung sie damit übernommen hatten. Interesse und Zulauf beim neu eingerichteten Jugendtreff waren groß, die damit verbundenen Aufgaben und Probleme für Projektteam und Gemeinde ebenso.

Sicherlich war es für die Jugendlichen eine neue Erfahrung, einen solchen Treffpunkt in Eigenregie zu verwalten und zu organisieren. Zwar war eine Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendring München-Land geplant, sie scheiterte aber im Gemeinderat an den Kosten und dem nicht ganz zutreffenden Konzept des Kreisjugendrings für die Ickinger Einrichtung. Die Jugendlichen nützten die Einrichtung auf ihre Weise und das Projektteam hatte Mühe, die anstehenden Aufgaben zu organisieren. Auch die Probleme mit der Grundschule blieben nicht aus. Die Gemeinde als Trägerin dieser Einrichtung der offenen Jugendarbeit mußte einsehen, daß es nicht ausreicht, nur einen Raum zur Verfügung zu

stellen. Eine klare Aufgabenverteilung sowie ein besserer Informationsfluß zwischen Jugendlichen und Gemeinde garantiert das Fortbestehen einer solchen Einrichtung. Die zur Neuordnung nötige Zwangspause von mehreren Monaten wurde von der Gemeinde dazu benutzt, die behördlichen Auflagen des Landratsamts zu erfüllen und das Jugendcafé unter Einbeziehung eines neuen Projektteams neu zu gestalten.

Das Jugendcafé wird Anfang Oktober wieder eröffnet. Das neue Projektteam steht dazu bereit. Die Jugendreferentin versteht sich als Mittlerin zwischen den oft unterschiedlichen Positionen von Projektteam und Gemeinde. Im Vergleich mit anderen Gemeinden sind wir bei diesem Projekt in Icking schon in einem ziemlich fortgeschrittenen Stadium. Die Raumfrage ist gelöst, das Interesse und die Bereitschaft der Jugend, sich für ihren Treff einzusetzen, ist spürbar vorhanden.

Wir wünschen dem neuen Team viel Glück bei seinem Einsatz für diesen wichtigen Kommunikationsort in unserer Gemeinde.

~*~

DIE BESONDEREN FEINHEITEN DES BAYERISCHEN DIALEKTS

von Lore und Pit Baumüller

Als wir vor etlichen Jahren eine junge Mutter – Bauerntochter vom Dorf – mit ihren Kindern Hochdeutsch sprechen hörten, fragten wir sie erstaunt, warum sie nicht Dialekt mit ihnen redet. Antwort: "Die müssen nach der Schreibe sprechen, sonst werden sie in der Schule ausgelacht."

Daß diese Zeiten vorbei sind, haben wir zu unserem größten Vergnügen vor wenigen Wochen erlebt, als in der Ickinger Grundschule die Schüler der vierten Klasse "Icking und der Rest der Welt" aufführten. Die beiden Ansager (Buben aus Irschenhausen) redeten in lupenreinem Dialekt und ernteten nicht nur beim Publikum, sondern auch in der Presse großen Beifall. Dieses Erlebnis hat uns dazu ermutigt, über die Besonderheiten des oberbayerischen Dialekts einmal laut nachzudenken. Die bayerische Grammatik hat ihre eigenen Gesetze. Der Genitiv z.B. wird nicht gebraucht:



NORDEUTSCHE BAYERN-UMFRAGE
»So sauba, wia de da drom, san mir oiwei no...«

Kein Einheimischer würde "wegen des Regens" einen Schirm aufspannen, sondern immer nur wegen, wegar oder zwengs dem Regen.

Auch der Imperfekt wird ausnahmslos durch Perfekt ersetzt. Man ging, sah, sagte nicht, sondern is ganga, hat g'sehgn und hat g'sagt.

Eine besondere Bewandnis hat es mit dem Konjunktiv, der als Ausdruck höchster Bescheidenheit, Höflichkeit und Zurückhaltung gebraucht wird. Ruft z.B. ein Einheimischer beim Arzt an, dann klingt das etwa so: "S'God, do waar der M....., kannt i vielleicht an Herrn Dokta sprechen, weil i hätt a Frag z'wengs unserm krankn Kind."

War die Behandlung erfolgreich gewesen, stand selbiger Bauer kurze Zeit später vor der Tür mit einer großen Tüte in der Hand: "Mir hätt'n g'schlacht, vielleicht mögert der Herr Doktor a Stückl Schweiners?"

Ausdrücke der Gemütsbewegung nehmen auch eine wichtige Stellung ein: "Sei tuat's was, omeiomei" drückt Trauer, Betrübnis, Resignation aus. "Jetz is dem Maxl d'Frau g'storbn, omeiomei, sei tuat's was."

"Ja, da legst di nieder" bedeutet Erstaunen und Verwunderung. "Ja, da legst di nieder, des hätt i net denkt, daß der des ko!"

"Ja, mi leckst am Arsch" kann Bewunderung, Erstaunen und Respekt bedeuten: "Ja, mi leckst am Arsch, jetz hat der pfeilgrad 3x ins Schwarze troffen!"

Während aber "Geh, leck mi doch am Arsch" Ablehnung und Abweisung beinhaltet: "Geh – leck mi doch ... i mog net."

Die Verkleinerungsform endet im bayerischen Dialekt nie auf -chen, sondern stets auf -i, -l oder

—erl. Es gibt also kein Hänschen und kein Gretchen, sondern Hansl und Gretl, Hansi, Greterl etc.



»... deswegen brauchst doch net glei a so fremdin...!«

Es ist bekannt, daß dialektsprechende Leute besonders "maulfaul" sind. Das heißt, sie verschlucken gern Vokale und verändern auch Konsonanten. Dies gilt besonders für den Berchtesgadener Raum. Ein kleiner Bub, befragt, wo er denn am Karfreitag hinginge, antwortete: "Himmidada sei Grogugein oschaugn", übersetzt "Himmelvater seine Grabkugeln anschauen!" Und als der Pfnür Franzl aus Berchtesgaden bei der Winterolympiade 1936 im Abfahrtslauf als Sieger durchs Ziel sauste, rief er: "Bi dui?", schaute sich um und meinte: "Woi, dui bi", das heißt "Bin ich durch? Wohl, durch bin ich." Er hieß von da an nur noch der "Bidui". Auch wir sind für heute "dui" mit unseren Gedanken über den bayerischen Dialekt, der nicht als grobschlächtig und g'schert mißverstanden und belächelt werden sollte, vielmehr steckt er voller Feinheiten und "vui G'fui".

SCHWARZE MISSWIRTSCHAFT IN BAYERN

von Florian von Brunn

Jahrelang liefen CSU-Politiker durch Deutschland und erzählten jedem, der es hören und nicht hören wollte, was für ein wirtschaftliches Paradies Bayern dank ihrer, der CSU eigenen gottgegebenen Wirtschaftskompetenz sei. Heute ist klar, daß die Wirtschaftsentwicklung im Freistaat nicht wegen, sondern *trotz* der CSU so positiv abgelaufen ist. Ein kurzer Rückblick in die Geschichte zeigt, daß der Erfolg Bayerns noch nicht allzu lange währt. Nach

Kriegsende war Bayern größtenteils ein Agrarstaat, der viele Flüchtlinge und Vertriebene aufnehmen mußte. Noch in den 60er Jahren jammerte der CSU-Finanzminister Pöhner wie schlecht Bayern im Finanzvergleich mit anderen Länder dastünde und forderten mehr Geld vom Bund für den Aufbau der Infrastruktur. Und erst vor einigen Jahren wurde Bayern im Länderfinanzausgleich vom Empfänger zum Zahler. Heute boomen München und Oberbayern. Hier im Oberland herrscht fast Vollbeschäftigung, die Arbeitslosenquote liegt um die 4 Prozent - und daß, man muß es so sagen, trotz der langjährigen CSU-Herrschaft!

Denn die Amigo-Partei hat Bayern nicht nur mit schwarzem Filz überzogen, bei Waffenschieber- und Provisionsskandalen größten Ausmasses hält nicht einmal Nordrhein-Westfalen mit. Strauß und Stoiber betrieben und betreiben auch eine Günstlingswirtschaft, die die Regierung immer weiter aufblähte, damit auch noch der letzte Gefolgsmann einen Posten kriegte. In den letzten Monaten offenbarte sich zudem eine erstaunliche wirtschaftspolitische Inkompetenz der CSU. Die Stichworte in diesem Zusammenhang lauten: **LWS-Affäre**, **Bayerische Oberlandbahn** und **Bayerische Landesbank** auf der einen Seite, Fehlinvestitionen, Dauerversagen und horrenden Verluste auf der anderen Seite.

Nun könnte man ja meinen, das sei alles nicht so schlimm. Tatsächlich läuft die Wirtschaft Bayerns weiter. Egal ob die CSU "Wirtschaftspolitik" betreibt oder, wie bei der Oberlandbahn, eine "Modell"-Privatisierung ohne Rücksicht auf die Folgen, die Kosten und die Fahrgäste durchzieht. Leider handelt es sich aber um **Steuergelder**, die hier verplempert und verschwendet wurden. Die Gesamtsumme dürfte inzwischen bei fast 2 Milliarden Mark liegen (LWS-Verluste von knapp 400 Mio., mit rund 200 Mio. engagiert sich der Freistaat bei der BOB, die Landesbank verlor in Südostasien 1,3 Milliarden!).

Die Verantwortung dafür liegt in erster Linie bei Stoiber selbst. Wer alles besser weiß, andere belehrt und den erfolgreichsten Wirtschaftspolitiker Deutschlands spielt, der muß zumindest seinen eigenen Regierungsladen im Griff haben. Aber Stoiber stützt sich nicht nur auf die falschen Leute, wie Erwin Huber oder Otto Wiesheu, sondern trifft die schlimmsten Fehlentscheidungen wie in Sachen LWS auch noch selber. Gott sei Dank ist jetzt endlich der Lack ab und aus der Kanzlerkandidatur wird nichts mehr. Und Gott sei Dank läuft es in Bayern immer noch. Man kann nur hoffen, daß die CSU jetzt nicht meint, sie müsse noch mehr Wirtschaftspolitik betreiben ...